

Berlin fällt der Aufstieg schwer

Die Bundeshauptstadt wäre gern die führende europäische Metropole. Doch bis dahin ist es ein weiter Weg.

Von Julia Löhr, Berlin

Sechzehn Jahre ist es her, als Klaus Wowereit den Satz in die Welt setzte, Berlin sei arm, aber sexy. Der damalige Regierende Bürgermeister der SPD meinte das durchaus lobend, im Laufe der Jahre ist daraus allerdings eher der Leitspruch für die vielen Schwächen Berlins geworden. Mit aller Kraft versucht die Hauptstadt, diesen Ruf wieder loszuwerden – auf einigen Feldern durchaus erfolgreich, auf anderen dagegen so gar nicht, wie eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt.

Die gute Nachricht zuerst: Zumindest die Anziehungskraft Berlins auf Talente kann sich nach Ansicht der Wirtschaftsforscher sehen lassen. Im Vergleich mit 15 anderen europäischen Hauptstädten stehe Berlin diesbezüglich an vierter Stelle, heißt es in dem am Freitag vorgestellten Papier. In anderen Kategorien – Technologie, Nachhaltigkeit, Mobilität, Toleranz, Teilhabe und Lebenszufriedenheit – findet sich Berlin zwar nicht in der Spitzengruppe, die Städte wie Stockholm, London und Amsterdam bilden. Aber Berlin hat zumindest im Vergleich zu vor zehn Jahren aufgeholt. Bitter wird es allerdings, wenn es um die Effizienz der öffentlichen Verwaltung geht. Da ist Berlin beinahe das Schlusslicht. Noch träger sind die Behörden nur in der italienischen Hauptstadt Rom.

In Berlin ist es zum Beispiel seit Jahren in einigen Bezirken nahezu unmöglich, einen Termin auf dem Standesamt zu bekommen. Wer heiraten will oder eine Geburtsurkunde für den Nachwuchs braucht, verlegt selten Wohnsitz deshalb schon mal kurzerhand zu Freunden oder



Trübe Aussichten: Brandenburger Tor im Dezember-Regen

Foto dpa

Verwandten in anderen Vierteln, um an die nötigen Papiere zu kommen. In Berlin-Kreuzberg gehen dieser Tage Eltern auf die Straße, weil seit Dezember 2012 eine Grundschule wegen Brandschutzmängeln gesperrt ist. Seitdem lernen die Klassen im Nachbargebäude in ihrem Hortraum – wohl noch bis zum Jahr 2024. An anderer Stelle sind die Bezirke

dagegen sehr umtriebig, etwa, wenn für die Drogendealer im Görlitzer Park Verkaufszonen auf dem Boden markiert werden oder ein Fahrradweg akribisch im Zickzackkurs um die Bäume am Straßenrand herumgeführt wird. Die Verkehrsgesellschaft BVG versucht derweil, den überlasteten öffentlichen Nahverkehr mit Humor zu nehmen und pinselt „Lie-

be Schwaben, wir bringen euch gerne zum Flughafen“ auf ihre Busse.

Auf all diese Unzulänglichkeiten ging Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) während der Präsentation der Studie am Freitag in Berlin lieber nicht näher ein. Er skizzierte stattdessen seine Vision des Berlins im Jahr 2030, in dem zwei Drittel der Bürger Amtsgänge elektronisch erledigen, mit einem 365-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr durch die Stadt fahren und sich dank des Mietendeckels jeder eine „wenn auch bescheidene“ Wohnung leisten kann. „Eine Großstadt wird nie ein Ponyhof sein“, sagte Kollatz. „Aber eine Großstadt muss auch nicht zwangsläufig ein Moloch sein.“

Berlin ist seit Jahren der mit Abstand größte Nettoempfänger im Länderfinanzausgleich und die einzige europäische Hauptstadt, die ihr Land wirtschaftlich nicht nach oben, sondern nach unten zieht. Im Jahr 2018 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Kopf 97,2 Prozent des Bundesdurchschnitts. Zwar konnte Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) zuletzt vermelden, dass die Wirtschaft mit 3,1 Prozent so stark wie in keinem anderen Bundesland wuchs. Und Siemens will 600 Millionen Euro in einen Innovationscampus in Berlin investieren, vor der Stadt soll die europäische Fabrik des amerikanischen E-Autoherstellers Tesla entstehen. Doch nicht überall ist Wachstum erwünscht. Im Stadtteil Friedrichshagen wohnen sich Anwohner gerade gegen ein geplantes Hochhaus, in das der Online-Händler Amazon ziehen will. Gut bezahlte Technik-Fachkräfte, so die Sorge, könnten die Mieten weiter nach oben treiben.

Geht es nach Martin Gornig, Forschungsdirektor Industriepolitik am DIW, sollte sich die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung Skandinaviern zum Vorbild nehmen. „Die sind besser in der Lage, aus Technologie Produktivität zu machen“, sagte er. In puncto öffentliche Verwaltung stark aufgeholt habe London – weil die Politik dort die Bürger nicht nur nach ihren Wünschen frage, sondern diese auch umsetze. Finanzsenator Kollatz hält es dagegen nicht für ein erstrebenswertes Ziel, aus Berlin eine Kopie von London zu machen. Seine Leitlinie für die Zukunft: Statt „arm, aber sexy“ soll Berlin jetzt „normal, welttoffen und sexy“ werden.



So nüscht

Von Julia Löhr

Die Anziehungskraft top, die öffentliche Verwaltung ein Flop: Dass Berlin im Vergleich zu anderen europäischen Hauptstädten nur mittelmäßig abschneidet, überrascht nicht – zumindest keinen, der die Hauptstadt nicht nur von einem Partywochenende kennt, sondern tatsächlich dort lebt. Im Skizzieren von Visionen sind die Verantwortlichen in der Stadt von jeher Meister, das fing mit dem „Arm-aber-sexy“-Spruch von Klaus Wowereit an und setzt sich heute mit Trümereien von einer autofreien Innenstadt und Mieten wie zu DDR-Zeiten fort. Der Alltag sieht freilich anders aus. Da enden Fahrradwege auf dreispurigen Hauptverkehrsstraßen seit Jahren im Nichts und bleiben auch die hässlichsten Brachen unbebaut, weil sich eine Gruppe von Zaunedeckeln von den Bauarbeiten gestört fühlen könnte. Berauscht von Ansidlungserfolgen wie Siemens und Tesla, werden munter Pläne für eine Vier-Millionen-Stadt geschmiedet. Dass die Einwohnerzahl zuletzt kaum noch gestiegen ist, sogar mehr Deutsche aus Berlin weg- als hingezogen sind, scheint niemanden zu kümmern. So aber wird dit nüscht mit einem Spitzenplatz unter den europäischen Metropolen.

Meisterbescherung

Von Heike Göbel

Die rührige Handwerkslobby feiert zu Weihnachten einen großen Sieg. 15 Jahre lang haben die Verbände die Lockerung der Zutrittschranken für 53 „ungefährliche“ Handwerke bekämpft, jetzt ist für ein Dutzend der seit 2004 zulassungsfreien Berufe wie Fliesenleger oder Raumausstatter die Meisterprüfung wieder Voraussetzung, um einen Betrieb zu eröffnen. Vor allem das pauschale Argument, die Liberalisierung habe zum Schaden der Kunden unqualifizierte Billigkonkurrenz auf den Markt gespült, diene als Begründung. Selbst die FDP stimmte zu, obwohl sie wissen müsste, dass sich Verbraucherschutz mit milderem Mitteln sichern lässt als durch das gesetzliche Aussperren der Konkurrenz und den Verlust von vielen Arbeitsplätzen. Die Meisterpflicht wirkt preistreibend. Kunden, die ein schmales Budget haben, müssen künftig also wieder ihre Fähigkeiten als Heimwerker testen, nach der Qualität des so Produzierten kräht politisch kein Hahn. Auch die Schwarzarbeit könnte zunehmen. Ob der Meisterzwang wenigstens gegen den Nachwuchsmangel hilft, wie behauptet? Schön wäre es, doch ist die Evidenz schwach.

Feuer frei

Von Lukas Weber

Das Ende des Jahres ist die Zeit der Besinnlichkeit, Kerzen werden angezündet. Von dieser Tradition werden sich die meisten Menschen nicht abhalten lassen, auch wenn davon die Stickoxidwerte im Raum steigen – gerade so wie die Angst vor Feinstaub das Böllern an Silvester nicht verhindert. Kerzen und Kracher sind aber auch sonst nicht ohne Risiken, aus Unachtsamkeit oder Leichtsinns entstehen Brände.

Was tun, wenn es anfängt zu kochen? Wer mag, kann das gedanklich durchspielen: Zu Hause steht bei den Vorsichtigen ein Eimer Wasser neben dem Christbaum und bei den Übervorsichtigen ein Feuerlöscher, dessen Inhalt sich auf die kleinste Flamme schlagartig ergießt – falls es Pulver statt Schaum ist, steht dann die Renovierung des Wohnzimmers an. Und wenn in Büro oder Kindergarten der Adventskranz Feuer fängt, geht das Gerenne über den Gang los: Wo hängt noch gleich der nächste Feuerlöscher? Wer ihn findet, muss ihn dann halt richtig einsetzen können.

Es geht auch anders. Seit Jahren gibt es erstaunlich wirksame Löcher in Form handlicher Dosen aus stabilem Aluminium, jeder, der in der Lage ist, ein Haarspray zu benutzen, kann sie bedienen. Sämtliche Feuerwehrverbände und Brandschutzfachleute halten sie für sinnvoll, weil auch der Laie damit Brände in der Entstehung bekämpfen kann, trotzdem bekommen die wenigen Anbieter den Fuß nicht auf den Boden. Denn für wirtschaftlichen Erfolg brauchen sie große Stückzahlen. Die gibt es, weil private Haushalte keinen Feuerlöscher haben müssen, nur in den Betrieben.

Was nun kommt, ist ein Muster, wie Innovationen verhindert werden, wenn in einem Anfall von Bürokratiewahn technische Lösungen vorgeschrieben und damit zementiert werden. Das geht so: Die Gremien, welche die Technik festlegen sollen, sind mit Experten besetzt, die nur zum Teil aus Wissenschaft und Praxis kommen; naturgemäß stehen viele im Dienste von Unternehmen aus der Branche, denen an Konkurrenz nicht gelegen ist. Wenn sie sich durchsetzen, können sie Hürden gegen den Marktzutritt errichten.

Welche Ausstattung an Feuerlöschgeräten die Betriebe vorhalten müssen, ist in den Technischen Regeln für Arbeitsstätten festgelegt. Sie werden von Arbeitskreisen aus Fachleuten formuliert und an einen übergeordneten Ausschuss aus Nichtfachleuten vorgesehener Herkunft weitergereicht. Die Mitglieder des Arbeitskreises haben im vergangenen Jahr, angetrieben von den Feuerwehren und gebremst von Verweigerern, nach hartem Ringen in der Neufassung der Richtlinie den Weg für die Dosen unter bestimmten

Voraussetzungen frei gemacht, sie könnten dann auf die Grundausstattung mit Feuerlöschgeräten angerechnet werden: viele kleine Löcher in den Räumen, dafür etwas weniger große auf dem Flur. Kurz darauf hat indes der Ausschuss ohne Rücksprache mit seinen Fachleuten ergänzende Empfehlungen verfasst – mit exakt gegenteiligem Inhalt. Das verhindert bis heute eine Verbreitung der Dosen.

Eine Erklärung für den seltsamen Vorgang hat das für die Richtlinie zuständige Bundesarbeitsministerium nicht, gibt aber eine fade Begründung in der Sache zum Besten: Der Stand der Technik sei nicht definiert, weil es

Wie verhindert man technische Innovation? Man lässt die Ausschüsse ran, wie im Brandschutz.

keine Norm für die Sprays gebe. Das ist ein Scheinargument, denn was Löschgeräte können müssen, ist in der Richtlinie selbst klar festgelegt, die Leistungsfähigkeit wird von einer unabhängigen Stelle geprüft und bescheinigt. Gefordert sind zumindest zwei Löscheinheiten, das erreicht kaum eine Dose. Damit lässt sich ein lichterloh brennendes Sofa löschen, für den Normalanwender mehr als genug. Es gibt sogar eine DIN als Vorläufer-Norm. Die endgültige liegt auf Eis, bis eine europäische Norm verabschiedet ist, deren Organisation ist wie das DIN privatrechtlich. Das ist des Dramas bisher letzter Akt: Nach jahrelanger Verzögerung im Gremium wurde in diesen Tagen der abschließende Entwurf vorgelegt. Er ist so formuliert, dass die Dose für den betrieblichen Brandschutz keine Rolle spielt.

Weiß der Teufel, welche Mächte da am Werk sind, um zu verhindern, dass sich neue Ideen durchsetzen. Seit einem Jahrzehnt sind zwar auch wartungsfreie Feuerlöscher der üblichen Größe aus Kevlar im Handel. Die etablierten Hersteller können sie nicht ausstehen, waren aber lange durch die alte Richtlinie vor ihnen geschützt, weil in jener eine Wartung alle zwei Jahre vorgeschrieben war – ein gutes Geschäft für die Anbieter und teuer für die Unternehmen. Im europäischen Ausland sind die Intervalle für die gleichen Löscher übrigens mal kürzer, mal länger. Erst in der neuen Richtlinie ist eine Wartung nach Herstellerangaben vorgesehen, die eigentlich selbstverständlich sein sollte, um den Fortschritt nicht zu behindern.

Die Beispiele hinterlassen einen üblen Nachgeschmack. Könnte es sein, dass nicht nur im Brandschutz Neuerungen durch technische Ausschüsse zu Tode gefledert werden?

Löhne steigen so kräftig wie seit Jahren nicht

Zuwächse von mehr als 4 Prozent in der Industrie / Gewerkschaften setzen neue Freizeitansprüche durch

dc. BERLIN. Die Löhne in Deutschland legen auch in der gegenwärtigen Konjunkturlaute kräftig zu. Dank niedriger Inflation besichert dies den Arbeitnehmern zugleich eine deutlich steigende Kaufkraft: Im Sommerquartal 2019 lagen die Löhne im Durchschnitt 3,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor, wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitteilte. Preisbereinigt, also abzüglich der Teuerungsrate von 1,5 Prozent, erhöhten sie sich damit um 1,9 Prozent. Dies war der stärkste Reallohnanstieg seit dem Frühjahr 2016. Für Beschäftigte im Osten verzeichnet die Statistik sogar Lohnsteigerungen von nominal 4,3 Prozent.

Besonders starke Zuwächse gab es für Bauarbeiter und Industriebeschäftigte: Am Bau stiegen die Löhne um bundesweit durchschnittlich 4,3 Prozent, in der Indus-

trie um 4,5 Prozent. Nur knapp 1,5 Prozent mehr gab es im Vergleich zum Vorjahresquartal dagegen für Beschäftigte der Wohnungswirtschaft sowie des Bank- und Versicherungsgewerbes. Allerdings werden beispielsweise die 170 000 Innendienst-Angestellten der Versicherungen mit dem Dezembergehalt eine Einmalzahlung von 225 Euro erhalten und dann im April eine Tarifierhöhung um 2,8 Prozent. Auf einen solchen Tarifabschluss hatten sich die Arbeitgeber und die Gewerkschaft Verdi Ende November geeinigt.

Die Ergebnisse der Tarifpolitik werden durch die statistisch erfasste Lohnentwicklung allerdings nur teilweise abgebildet. Das liegt nicht nur daran, dass etwa die Hälfte der Beschäftigten in Betrieben arbeitet, für die nicht unmittelbar ein Tarifvertrag gilt. Zugleich ist in der Tarifstrate-

gie der Gewerkschaften zuletzt die Durchsetzung neuer Freizeitansprüche und anderer sogenannter qualitativer Verbesserungen stark in den Vordergrund gerückt – auch um den Preis, dass die Arbeitgeber dann einen Ausgleich im Form verringerter Lohnabschlüsse erhalten.

Das gilt besonders für den jüngsten Tarifabschluss in der Chemieindustrie. Dort hat die Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) mit den Arbeitgebern im November ein Tarifpaket vereinbart, das neue Spielräume für eine individuelle Arbeitszeitgestaltung und eine neuartige branchenweite Pflegezusatzversicherung für alle 580 000 Tarifbeschäftigten enthält. Im Gegenzug fallen die regulären Tariflohnsteigerungen aber mit 1,5 Prozent im Jahr 2020 und weiteren 1,3 Prozent im Juli 2021 recht bescheiden aus.

Die IG Metall hatte dagegen in der Metall- und Elektroindustrie mit ihrem Tarifabschluss von 2018, bei noch ungetrübter Konjunkturlage, sowohl neue Freizeitansprüche als auch kräftige Lohnerhöhungen durchsetzen können. Nun bereitet sie gerade die im März beginnenden neuen Tarifverhandlungen vor, die unter wirtschaftlich ungünstigeren Vorzeichen stehen. Wie stark sie darauf Rücksicht nimmt und ob sie dann neben Lohnerhöhungen wieder Zusatzforderungen stellen will, wird derzeit in ihren Gremien diskutiert.

Die andere große Tarifrunde des Jahres 2020 läuft im Spätsommer im öffentlichen Dienst. Dort hat Verdi kürzlich durch eine Mitgliederbefragung festgestellt, dass viele Bedienstete ebenfalls für Abstrichen von der Lohnerhöhung bereit wären, wenn sie dafür mehr Freizeit bekämen.

Frankreichs Verschuldung auf Rekordkurs

Macrons Ausgaben gegen soziale Proteste schlagen sich nieder / Die Kosten für die Schulden gehen aber zurück

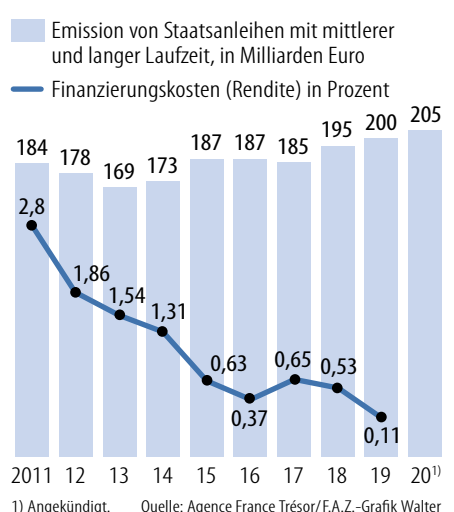
chs. PARIS. Die Staatsschulden Frankreichs sind Ende September über die Grenze von 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gestiegen. Der französische Staat hat damit mehr Kredite aufgenommen, als seiner wirtschaftlichen Leistungskraft innerhalb eines Jahres entspricht. Nach Angaben der französischen Statistikbehörde Insee vom Freitag belief sich die gesamte Staatsverschuldung Ende des dritten Quartals auf 2,42 Milliarden Euro – ein Plus von 39,6 Milliarden Euro verglichen mit dem vorhergehenden Quartal. Verglichen mit der Wirtschaftsleistung, stieg die Staatsverschuldung nach den Kriterien des Maastricht-Vertrages damit um 0,9 Prozentpunkte auf 100,4 Prozent.

Die Grenzüberschreitung markiert einen kräftigen Schuldenanstieg in der jüngeren Vergangenheit: Vor zehn Jahren lag die staatliche Schuldenquote noch bei rund 81 Prozent, vor 15 Jahren bei 66 Prozent. Mit mehr als 100 Prozent steht Frankreich nun in einer Reihe mit fünf anderen Eurostaaten: Laut Eurostat waren das Mitte des Jahres Griechenland (180 Prozent), Italien (138 Prozent), Por-

tugal (121 Prozent), Zypern (107 Prozent) und Belgien (knapp 105 Prozent).

Die neue Schuldenquote verdeutlicht die politischen Präferenzen von Präsident Emmanuel Macron. Er will den Schuldenstand im Wesentlichen stabilisieren, doch nicht mehr wesentlich verringern, wie er noch zu Beginn seiner Amtszeit angekündigt hatte. Macron hat eine Reihe sozialer Ausgaben erhöht, zuerst in Reaktion auf die „Gelbwesten“-Demonstrationen, doch nun auch als soziale Flankierung der umstrittenen Rentenreform, die ins Geld gehen dürfte.

Französische Schulden



„Man kann nicht so tun, als gäbe es keine soziale Krise in diesem Land“, sagte kürzlich Finanzminister Bruno Le Maire. Im französischen Haushaltsministerium versuchte man am Freitag das Überschreiten der 100-Prozent-Grenze indes als temporär herunterzuspielen. Dies hänge damit zusammen, wann genau Kredite aufgenommen und getilgt würden. Bis Ende des Jahres kehre Frankreich auf den Stand von 98,8 Prozent des BIP zurück, wurde von Seiten des Ministeriums versichert. Man verweist auch darauf, dass das staatliche Defizit 2020 von 3,1 auf 2,2 Prozent des BIP sinken werde.

Dennoch ist ein kräftiger Schuldenanstieg im dritten Quartal ungewöhnlich. Das Niveau liegt nun um einen Prozentpunkt höher als im Vorjahr und führt zum höchsten Gesamtschuldenstand,

den Frankreich jemals in einem dritten Quartal erzielt hat. Schon im Jahr 2017 hatte Frankreich zweimal die 100-Prozent-Marke zeitweise überschritten. Das allerdings war früher im Jahr, wenn die zuständige Behörde traditionellerweise viele Kredite am Markt aufnimmt. Die damaligen Werte waren auch die direkte Reaktion auf die Integration der französischen Bahnschulden im Zuge der Reform der staatlichen Bahngesellschaft SNCF.

Frankreich nutzt die niedrigen Kreditzinsen bewusst für höhere Verschuldung aus. In diesem Jahr stieg die Emission französischer Staatsanleihen abzüglich des Rückkaufs auf den Rekordwert von 200 Milliarden Euro. Im kommenden Jahr soll der Wert so wie 2019 um weitere 5 Milliarden Euro steigen. Die Finanzierungskosten sanken in diesem Jahr dabei auf den niedrigsten Stand der Geschichte von durchschnittlich 0,11 Prozent – fast nur noch ein Fünftel des Vorjahreswertes. Selbst vergleichsweise lang laufende Titel verzeichneten dabei Negativzinsen. Eine Anleihe von 15 Jahren wurde mit einem Zins von minus 0,03 Prozent an die Anleger verkauft.

LEISER AUFSTIEG ZUM TECH-HOTSPOT

München zieht Gründer und Start-ups aus aller Welt an. Das reicht den Münchnern nicht.

Seite 19

NEUER GOUVERNEUR IN BRITANNIEN

Andrew Bailey führt künftig die Geschicke der britischen Notenbank – und hat viel vor sich.

Seite 22

ZÄHES RINGEN UM SCHADENERSATZ

Klagen? Vergleich annehmen? Protokollbericht eines geschädigten VW-Golf-Fahrers.

Seite 24